

Zeitschrift: Appenzellische Jahrbücher
Herausgeber: Appenzellische Gemeinnützige Gesellschaft
Band: 139 (2012)

Artikel: Versammelt am patriotischen Tisch
Autor: Spörri, Hanspeter / Eisenhut, Heidi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-513297>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Versammelt am patriotischen Tisch

Interviews: HANSPETER SPÖRRI

Konzept und Einleitung: HEIDI EISENHUT

«Die Patrioten der Aufklärung standen für universale Ideale ein, sorgten sich um die Gemeinschaft, kannten Werte.»¹ – Das ist der Ausgangspunkt für Daniel Thürers Idee vom patriotischen Tisch als einem Ort der gelebten Solidarität, des demokratischen Aushandelns, des Engagements, der echten Teilhabe. Menschen unterschiedlicher gesellschaftlicher, politischer, beruflicher und geografischer Provenienz können an diesem Ort zusammenfinden, ihre Anliegen einbringen und angehört werden. Und sie können mitdiskutieren und gemeinsam Lösungen entwickeln. Die Vielfalt der Gesellschaft wird als Stärke erkannt, am patriotischen Tisch werden Gespräche über das allgemeine Wohl des Gemeinwesens geführt, die nur dann repräsentativ sein können, wenn möglichst viele Mitglieder eines Gemeinwesens mitdiskutieren: Dieser Gedanke liegt der Institution «patriotischer Tisch» zugrunde.

Als Jahrbuch-Redaktoren machten wir uns unter dem Eindruck von Daniel Thürers Ausführungen auf die Suche nach Appenzeller Personen, die wir gerne an einem fiktiven patriotischen Tisch versammeln würden. Wir suchten und fanden Marilene Hess, Paul Knill, Verena Fricker, Hannes Göldi, Vreni Kölbener, Arthur Bolliger, Nicole Widmer, Dölf Mettler, Annika Schläpfer, Ralph Devos und Nelly Näf. Wir suchten und fanden eine Pfarrerin, einen ehemaligen Oberst im Generalstab, eine Sozialarbeiterin, Politiker und Personen, die im Vereinsleben aktiv sind oder in ihrem unmittelbaren gesellschaftlichen Umfeld Eigeninitiativen entwickeln, einen Architekten, einen Bankier, eine Supervisorin und eine Human Resource Managerin. Wir suchten und fanden aktive und exponierte Persönlichkeiten, die sich nicht scheuen, in der fiktiven Tischrunde pointierte Standpunkte zu vertreten und die in ihrem Wirkungskreis bisher etwas in Bewegung gesetzt

haben. Das Ergebnis lesen Sie auf den folgenden Seiten: eine Reihe von Kurzinterviews mit den erwähnten Bürgerinnen und Bürgern jeden Alters.

Weitere Tischrunden

Der ersten Tischrunde könnten aber durchaus weitere folgen, auch nicht fiktive. Daniel Thürer sieht den patriotischen Tisch mitten auf einem Platz einer Renaissancestadt.² Das Leben in dieser Stadt, auf diesem Platz, gestaltet sich nach dem Leitbild der Res publica. Die Bauten am Platz sind verschiedene Gotteshäuser, ein Rathaus, in dem die Bürgerinnen und Bürger frei ein- und ausgehen, Rat holen, Sorgen deponieren und sich treffen können, sowie Schulhäuser und Universitäten, die eine Geisteshaltung vertreten und entwickeln, in der Demokratie und Exzellenz keine Widersprüche sind, sondern sich gegenseitig befruchten, in denen interdisziplinär gearbeitet und geforscht wird – auch mit offenem Ausgang. Weiter steht am Platz ein Pavillon des Friedens, in dem verschiedene Kulturen aufeinandertreffen, Gedanken austauschen sowie Konzerte und Ausstellungen veranstalten. Und zu guter Letzt gehört zu den Bauten am Platz ein «Palais de Justice»: «Zu den vornehmsten Aufgaben des Gerichts würde es gehören, für Integrität und Fairness des demokratischen Prozesses zu sorgen und Ungleichgewichten im verfassungsstaatlichen System, auch plebiszitären Auswüchsen der direkten Demokratie, entgegenzutreten»,³ schreibt Daniel Thürer hierzu.

Am patriotischen Tisch mitten auf diesem Platz in der Renaissancestadt finden zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche Personen zusammen. Thürers Ausführungen folgend wird fingiert, dass in einer zweiten Tischrunde z.B. ein Publizist, der von tiefgreifenden und gestaltenden Einflüssen der Literatur auf

das (kollektive) Bewusstsein der Menschen und das Gemeinwesen überzeugt ist, am Tisch sitzt. Ein Völkerrechtler der gegen den staatlichen Waffenhandel kämpft, eine engagierte Bürgerin, die für freiwillige gemeinnützige Arbeit eine Lanze bricht, sowie ein früherer Offizier, der gerne die allgemeine Wehrpflicht durch einen Dienst aller für die Allgemeinheit ersetzt sähe und sich dafür einsetzt, dass freiwillige, gemeinnützige Einsätze Einzelner bei Stellenbewerbungen aufgeführt und berücksichtigt werden, gesellen sich dazu. Sodann sitzen am Tisch zwei Staatsrechtler, die dafür plädieren, einen religiösen Ausnahmeartikel in der Verfassung durch einen Toleranzartikel zu ersetzen, da eine Verfassung keinesfalls diskriminierende Grundsätze enthalten dürfe. Auch eine Kommunalpolitikerin ist anwesend. Sie weist auf die Bedeutung kleiner Netzwerke – Vereine oder lokale Behörden – hin, deren Engagement häufig kreative Lösungsansätze möglich macht und prägend wirken kann, etwa bei der Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer auf kommunaler Ebene. Analog dazu lobt ein Wirtschaftsführer die tragende und treibende Kraft von kleinen und mittleren Unternehmen in der Schweiz. Ein Regierungsrat vertritt überzeugt seine Haltung als Europäer aus Patriotismus. Weiter sitzt eine besorgte Bürgerin am Tisch und fragt in die Runde, weshalb es in der Schweiz trotz grossem Reichtum wenig Mäzene gäbe. Ein Student setzt sich dafür ein, dass schnelle und zunehmende Zerstörungen und Verunstaltungen von Orts- und Landschaftsbildern ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden sollten; dass es hierfür einer Bewusstseinsentwicklung bedürfe. Schliesslich sitzt am Tisch eine fröhliche Gruppe von Bürgern, deren Sprache ortsfremd ist, die aber einhellig verlauten lassen, dass es solche gemischte pat-

riotische Tische übers ganze Land verstreut geben sollte. Einer unter ihnen sagt, dass die Ausserrhoder Kulturlandsgemeinde ein vergleichbares Forum bilde, dass diese aber nur einmal jährlich stattfinde.

Einsatz für das Ganze, das Wohl aller

Das Wesenselement einer Republik wie der Schweiz sei die Solidarität der Bürgerinnen und Bürger, sagt Daniel Thürer. In den Gesprächen mit den Interviewpartnerinnen und -partnern forschten wir nach dieser Solidarität – und auch nach kritischen Haltungen zu aktuellen Themen und Entwicklungen. Gesellschaft und Staat sind nicht statisch, sondern in steter Veränderung begriffen und deshalb form- und veränderbar – und zwar durch alle, die am demokratischen Prozess teilnehmen oder sich in irgendeiner Weise kulturell und gesellschaftlich engagieren. Oberstes Ziel der Res publica ist laut Thürer die Wahrnehmung von Verantwortung durch Behörden und Bürgerinnen und Bürger für das Ganze, das Wohl aller, das Gemeinwohl – national und international.

1 Hanspeter Spörri: Der Staat. Die Solidarität der Bürgerinnen und Bürger. In: *AJb* 139 (2012), S. 12

2 Siehe hierzu und im Folgenden: Daniel Thürer: *Res publica: Von Menschenrechten, Bürgertugenden und neuen Feudalisten*. St. Gallen 2011, bes. S. 36–40.

3 Thürer, *Res publica* (wie Anm. 2), S. 37.

Die Teilnehmenden an der ersten Tischrunde haben für ihr Porträt einen Ort im Appenzellerland ausgewählt, der für sie von besonderer Bedeutung ist.

Fotos: Martina Basista

Marilene Hess

1968, Gais

Evangelische Pfarrerin in Teufen

Man sagt Ihnen nach, Sie hätten das Talent, Menschen miteinander in Verbindung zu bringen, zu vernetzen. Sehen Sie sich auch so?

Ich stehe nicht gerne vorne. Das überlasse ich lieber anderen. Aber ich mag es, Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund, von ganz verschiedener Herkunft und mit eigenen Stärken und Begabungen zusammenzubringen, um gemeinsam etwas zu entwickeln und zu verwirklichen. Das ist mir auch im kirchlichen Rahmen wichtig – beispielsweise in der Kirchenzeitschrift *Magnet*, in deren Redaktionskommission ich mitwirke.

Gegenwärtig steht aber das Individuelle, nicht die Gemeinschaft, im Vordergrund. Steht man also nicht auf verlorenem Posten, wenn man auf die Gruppe setzt?

Ich vermute, dass in der Gesellschaft zwei gegenläufige Tendenzen wirken: Einerseits geht der Rückzug ins Private weiter. Wenn jeder für sich sorgt, ist für alle gesorgt – so lautet die Devise. Das ist möglicherweise nur eine Pendelbewegung, eine Reaktion auf die gesellschaftlichen Ideen der 68er. Andererseits wächst aber das Bewusstsein, dass wir als Einzelne nicht so autark und autonom sind, wie wir vielleicht zunächst meinen. Autonomie und Autarkie sind ohnehin nicht des Menschen höchstes Gut! Menschen können nicht für sich alleine leben, sind immer irgendwie aufeinander angewiesen, das gilt fürs ganze Leben und auch für die Religiosität. Die kann man nicht einfach im stillen Kämmerlein praktizieren. Zu den Aufgaben des Staates gehört deshalb in meinen Augen die Wahrung der individuellen Freiheit, auch der Freiheit der Einzelnen, sich zu äussern und gehört zu werden. Aber ebenso der Schutz von Schwachen, Bedürftigen, Minderheiten.

Und was ist die Aufgabe der Kirche?

Darüber herrscht bekanntlich keine Einigkeit. Aber das schadet nicht, im Gegenteil: Es gehört zur Kirche, dass sie öfter Zerreihsproben zu bestehen hat. In einer lebendigen Kirche werden immer wieder Debatten geführt über Auftrag, Sinn und Ziele. Auch in der Kirche, nicht nur in der Politik, ist es wichtig, dass man unterschiedliche Auffassungen äussern kann und gemeinsam aushandelt, wo die Prioritäten zu setzen sind. Lange war die Kirche in der Schweiz in erster Linie eine Institution zur Pflege des privaten, verinnerlichten Glaubens und einer gewissen Bürgerlichkeit. Heute äussert sie sich auch zu den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen, hinterfragt etwa Ursachen und Folgen der Globalisierung. In meinem persönlichen Verständnis wird die Kirche ihrer Kernbestimmung erst gerecht, wenn sie sich auch in die Gesellschaft einbringt und ihre Stimme zu aktuellen Fragen erhebt.

Sie waren beim Aufbau des Forums Palliative Care Teufen als Vernetzerin tätig. Was war da Ihr Antrieb?

Wer das Leben vom Ende her betrachtet, entdeckt eine neue Dimension und wird sich bewusst, wie wichtig die Geborgenheit ist, die wir uns gegenseitig geben können. Das Nachdenken über das Sterben bereichert das Leben. Palliative Care hat zum Ziel, dass man sich am Ende des Lebens aufgehoben weiss. Wenn man sich die Endlichkeit bewusst macht, erlebt man eine grosse Lebendigkeit, erfährt das Leben als etwas Kostbares.



Paul Knill

1956, Herisau

Architekt

Seit 2008 Zentralpräsident Bund Schweizer Architekten BSA

Sie üben sehr viele nebenberufliche Tätigkeiten aus, sind nicht nur Architekt mit eigenem Büro, sondern beispielsweise Präsident der Fachkommission Heimatschutz von Appenzell Innerrhoden.

Das ist eine behördliche Fachkommission, der beispielsweise die Beurteilung aller Baugesuche ausserhalb der Bauzonen, am Siedlungsrand und in geschützten Ortsbildern obliegt. Dass ich als Ausserrhoder in Innerrhoden dieses Vertrauen genieesse, freut mich besonders.

Zudem wirken Sie beratend in verschiedenen Ostschweizer Städten und Dörfern, sind im Vorstand des Museums Herisau und aktiv beim Schaukasten Herisau, einer Art Kunsthalle im Miniaturformat. Zusammen mit dem arbeitsintensiven Amt als Zentralpräsident des BSA ergibt sich so ein Pensum, das 100 Prozent weit übersteigt.

Ich trenne nicht zwischen Beruf und Nebentätigkeit oder Hobby. Das Leben ist dadurch vielleicht anstrengender, aber auch ausgefüllter. Erfahrungen aus dem einen Bereich wirken sich förderlich im andern aus.

Beim Bauen prallen gegensätzliche Interessen und Haltungen aufeinander. Wie gehen Sie damit um?

In den Beratungsmandaten stehen meistens das Aushandeln, der Dialog im Zentrum. Allerdings bedeutet dies, dass das Resultat nicht alle Ansprüche vollkommen erfüllt, auch nicht alle fachlichen. Beim Bauen ist das heikel, denn ein Gebäude steht für lange Zeit da, und man kann eigentlich keine mildernden Umstände geltend machen, wenn etwas nicht geglückt ist.

Behörden können eine Verfügung erlassen.

Das ist manchmal unausweichlich. Aber dann wird meistens Widerstand geleistet. Und das Resultat ist in der Regel am Ende nicht besser und hat erst noch einen weniger nachhaltigen Effekt, als wenn etwas einvernehmlich ausgehandelt wird. Wenn man den Weg des Dialogs beschreitet, vermeidet man den Streit, bemüht sich gegenseitig darum, die Haltung des andern zu verstehen. Das ist mir viel lieber als aufwendiger Schriftverkehr. Zudem besteht im Gespräch die Möglichkeit, Überraschendes zu entdecken, kennen zu lernen. Oft geht es allerdings zunächst darum, die Konfrontation zu überwinden, auf die sich jemand vielleicht schon eingestellt hat. Wenn dies so gelingt, dass niemand das Gesicht verliert, kann es zu Lösungen kommen, die für alle Beteiligten neu und gut sind. Voraussetzung dafür ist allerdings die allseitige Bereitschaft zum Dialog.

Da muss man aber bereit sein, nachzugeben.

Man muss bereit sein, die eigene Position auf den Prüfstand zu stellen. Das bedeutet nicht Nachgiebigkeit oder Schwäche. Resultate solcher Diskussionen müssen mehr sein als nur Kompromisse. Im besten Fall gewinnen sie eine eigenständige Qualität, jene Absolutheit, die gutes Bauen auszeichnet. Die Ausgangslage hat allerdings einen grossen Einfluss: die Bedingungen des Ortes, das Raumprogramm, das Geld und nicht zu vergessen die kulturelle Einstellung der Bauherrschaft und die Qualität der lokalen Planungs- und Baukultur.



Verena Fricker

1949, Trogen

*Leiterin Hauswirtschaft und Stv. Heimleitung Werkheim Neuschwende, Trogen
Gründerin Trogener Adventsmarkt*

Der Trogener Adventsmarkt, der 2012 bereits zum 27. Mal stattfindet, ist heute ein vorweihnachtlicher Grossanlass. 45 Institutionen für Menschen mit Behinderung sind beteiligt und verkaufen ihre Produkte. Was stand am Beginn dieser Idee?

Am Beginn dieser Idee standen der Landsgemeindeplatz, der wie geschaffen ist für einen solchen Anlass, und das Bedürfnis, eine Plattform für den Verkauf von qualitativ hochwertigen Produkten zu schaffen, die in täglicher Arbeit von Menschen mit Behinderung in sozialen Institutionen entstehen. So begann ich im Herbst 1986 herumzutelefonieren und Leute zu suchen, die mitmachten – und ich erhielt sofort und spontan Zusagen.

Wäre das auch heute noch so?

Da bin ich mir nicht so sicher. Einerseits beeinflussen Sparmassnahmen, von denen viele soziale Institutionen betroffen sind, eine Teilnahme an einem solchen Anlass, und andererseits habe ich den Eindruck, dass aufgrund allgemein zunehmender Anforderungen ein derartiges Engagement überfordern kann. Nicht selten höre ich: das ist mir zu streng, das kann ich nicht, ich bin schon genug ausgelastet. Dafür habe ich Verständnis. Der heutige Rückzug ins Private, den ich oft beobachte, ist vielleicht eine Reaktion auf den verbreiteten Wohlstand, darauf, dass kein Rahmen mehr vorgegeben ist und man sich angesichts der unzähligen Möglichkeiten nicht freier, sondern eher ohnmächtig fühlt. Das kann auch die Aufmerksamkeit schmälern.

Die Aufmerksamkeit wofür?

Beispielsweise für andere Menschen oder ein soziales Engagement. Ich habe den Eindruck, dass vieles von dem, was heute politisch entschieden wird, nicht den Menschen dient, sondern nur bewirkt, dass Verantwortung abgeschoben wird. Ich wünschte mir, dass vermehrt dem Schwächsten die Aufmerksamkeit gewidmet wird und entsprechend Gesetze und Regelungen erarbeitet werden. Die Starken können sich ohnehin wehren.

Mit dem Adventsmarkt haben Sie aber gerade in dieser Richtung mehr bewirkt, als Sie je gehofft haben?

Er tut den beteiligten Institutionen und den darin Arbeitenden gut. Ich sehe das auch bei uns im Werkheim: Während des ganzen Jahres sind sich die Bewohner bewusst, dass sie an Produkten auch für den Adventsmarkt arbeiten. Das motiviert und erhöht die Freude an der Arbeit. Und der Besucherkreis, der sich für solche Produkte interessiert und diese auch erwirbt, ist inzwischen riesig und weiterhin am Wachsen.

Das Wohltätige steht gar nicht im Vordergrund?

Wir sind ein Markt, ein Ort, wo Nützliches und Schönes angeboten und verkauft wird – und wo sich Menschen mit und ohne Behinderung begegnen und zusammen feiern. Der Preis des Standortmarketings, der uns vor einigen Jahren zugesprochen wurde, ermöglichte uns zusätzlich auch die Schaffung einer jährlichen Kunstausstellung und Kunstpreis-Verleihung. Auch da geht es um Qualität. Denn auch unter den Menschen mit Behinderung sind Künstlerinnen und Künstler mit besonderem Talent zu finden. Sie sollen am Adventsmarkt eine Plattform haben.



Hannes Göldi

1953, Teufen

Selbständiger Berater, Coach und Projektleiter

Ehemaliger Oberst im Generalstab

Stiftungsratspräsident und Geschäftsführer Internat Gymnasium St. Antonius, Appenzell

Sie haben in der Armee rund 1600 Dienstage geleistet, zusätzlich ausserdienstlich einen grossen Arbeitsaufwand bewältigt, waren Kompanie-, Bataillons- und Regimentskommandant, Oberst im Generalstab, Präsident der Appenzelischen Offiziersgesellschaft. Welches Fazit ziehen Sie aus Ihren militärischen Erfahrungen?

Wie bei jedem gesellschaftlichen Engagement ist es auch in der Armee so, dass man nicht nur gibt, sondern auch viel zurückbekommt.

Die Armee ist hierarchisch organisiert.

Das heisst nicht, dass ich, wenn ich in der Hierarchie weit oben bin, einfach befehlen kann. Nur wenn mir die Leute Vertrauen schenken und das gleiche Ziel verfolgen, habe ich Erfolg. Ich kann mich als militärischer Chef zwar auf die formelle Macht zurückziehen. Aber damit erreiche ich bestenfalls ein äusserlich zufriedenstellendes Bild. Ob ich aber von den Leuten in letzter Konsequenz und wenn es drauf ankommt unterstützt werde, ist mehr als fraglich.

Vieles hat sich in den letzten 20 Jahren geändert. Einst war die Armee die Kaderschmiede der Wirtschaft.

Bei allem Vorbehalt: dass Führungskräfte der Wirtschaft früher vermehrt auch in der Politik und in der Armee engagiert waren, hatte viele positive Seiten. Die Chefs hatten so Kontakt zur Truppe respektive Bevölkerung; sie wussten, wo der Schuh drückt. Wer gemeinsam die Strapazen des Militärdienstes erlebt hatte, kannte sich und andere besser. Ich habe im Militär viele Erfahrungen gemacht, die mich geprägt haben und mich befähigten, andere Führungsaufgaben besser zu erfüllen. Kaderschmiede: Die Anforderungen des heutigen Berufslebens und die Änderung des Wertesystems führen dazu, dass viele junge Leute die Prioritäten anders setzen.

Die Armee hat ihre gesellschaftliche Bedeutung in den letzten Jahren weitgehend verloren.

Nicht nur die Armee, auch andere ehemalige Säulen der Gesellschaft, zum Beispiel die Kirchen. Ich vermute, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger fragen, auf wen oder was sie sich noch verlassen können. Mancherorts, wo wir einst ziemlich sicher zu sein glaubten, dass wir auf Zuverlässigkeit und Anstand zählen konnten, ist Unschönes zu Tage getreten.

Woran mangelt es?

Ich mache in einer Lesegruppe mit. Wir lesen alle das gleiche Buch und diskutieren dann darüber. Da merkt man unweigerlich: die eigene Wahrnehmung ist nicht die ganze Wahrheit. In unseren Gesprächen über Literatur müssen wir Ansichten und Werthaltungen nicht aufgeben, aber wir sollten bereit sein, sie in Frage zu stellen. Wenn ich nur den eigenen Standpunkt verteidige, die eigene Meinung durchzusetzen versuche, drehe ich mich im Kreis. Das passiert m.E. in Gesellschaft und Politik, wo häufig eine Streitkultur herrscht, in der Leute mit anderen Standpunkten verunglimpft werden, jeder auf Kosten des anderen gewinnen will. Im Gegensatz zur Lesegruppe bedingen gesellschaftliche und politische Fragestellungen Entscheide. Der Weg dazu ist aber der gleiche: Gegenseitige Wertschätzung, Offenheit, vielleicht eine gewisse Demut, könnten Handlungsbasis sein.



Vreni Kölbener-Zuberbühler

1964, Appenzell

*Familienfrau, Hauswirtschaftslehrerin, akademische Supervisorin
Grossrätin Appenzell Innerrhoden, Grossratspräsidentin 2010/11
Seit 2011 Präsidentin AGG*

Wie kam es zu Ihrem politischen Engagement?

Ich bin überzeugt, dass sich alle entsprechend ihren Möglichkeiten in Gesellschaft und Politik engagieren sollten. Verantwortung habe ich immer schon gerne übernommen, in der Schule als Klassensprecherin, später als Präsidentin der Landjugend Gäbris. Zu jener Zeit fragte mich Hans Höhener, ob ich in einer Arbeitsgruppe mitwirken wolle, die abklären sollte, ob die Landsgemeinde auch mit Frauen durchgeführt werden könnte, was wir nach unseren Untersuchungen klar bejahten.

Das Fehlen des Frauenstimmrechts war ein Motiv, aktiv zu werden?

Als ich in Walzenhausen meine erste Stelle als Lehrerin antrat, erhielt ich noch vor dem ersten Lohn eine Steuerrechnung. Ich erinnere mich, dass es mich ärgerte, wie die Männer steuerpflichtig zu sein, ohne über die Verwendung des Geldes mitentscheiden zu können.

1989 wurde das Frauenstimmrecht in Ausserrhoden angenommen. Aber Sie waren im Jahr zuvor nach Innerrhoden gezogen.

In Innerrhoden scheiterte das Frauenstimmrecht an der Landsgemeinde 1990. Mir war klar, dass etwas geschehen musste, weshalb ich dem Aktionskomitee für das Frauenstimmrecht beitrug.

Dieses wurde in Innerrhoden auch nach der noch im gleichen Jahr vom Bundesgericht durchgesetzten Einführung teilweise angefeindet.

Wir galten als «linke Weiber» oder Emanzen. Unter uns Frauen spürte ich aber eine grosse Solidarität. Von 1997 bis 2002 durfte ich das Frauenforum präsidieren – fünf spannende, lehrreiche Jahre im Team mit einsatzbereiten und zuverlässigen Frauen. Wir engagierten uns beispielsweise für einen Kinderhort und ver-

suchten die Standeskommission dazu zu bewegen, endlich auch Frauen als Ehrengäste an die Landsgemeinde einzuladen; wir setzten uns für die staatspolitische Bildung der Frauen und für deren Vernetzung ein.

1999 wurde mit Ruth Metzler sogar eine Innerrhoder Politikerin als Bundesrätin gewählt.

Das war sozusagen die Krönung unserer Bemühungen. Allerdings wurde dadurch auch der Gegenwind schärfer. Ruth Metzler hatte sehr schnell Karriere gemacht und erntete dadurch auch Missgunst. Das bekamen andere Frauen ebenfalls zu spüren.

Führt das politische Engagement bei Frauen zu grösseren Belastungen als bei Männern?

Das ist vor allem dann der Fall, wenn sie auch der traditionellen Frauenrolle weiterhin gerecht werden, sich nicht nur beruflich, sondern auch familiär engagieren und damit gänzlich ausgelastet sind. – Männer, die für ein politisches Amt kandidieren, werden jedenfalls in Interviews kaum gefragt, wie sie gedenken, die Betreuung der Kinder zu organisieren.

Aber als politisches Thema ist die Gleichstellung von Mann und Frau gegenwärtig nicht in den Schlagzeilen.

Männer und Frauen bringen nur im partnerschaftlichen Miteinander zukunftsweisende und gesellschaftstaugliche Lösungen zustande. Vieles hat sich in den letzten Jahren tatsächlich zum Positiven verändert. In Appenzell gibt es seit zehn Jahren einen Kinderhort. Geblieben ist nur, dass bei Wahlen an Frauen bedeutend höhere Ansprüche gestellt werden.



Arthur Bolliger

1948, Teufen

Bankier

Alt Kantonsrat und ehemaliger Präsident der FDP Appenzell Ausserrhoden

Was die Bürgerrechte betrifft, gilt die Schweiz als Paradies.

Unser System bevorzugt die Bürgerinnen und Bürger gegenüber den gewählten Behörden. Diese müssen ihr Tun und Lassen laufend rechtfertigen. Als Bürger muss ich mein Wahl- und Abstimmungsverhalten und mein Handeln aber nicht begründen.

Die Behörden üben Macht aus, also ist es richtig, wenn sie Rechenschaft ablegen.

Mich beschäftigen momentan aber weniger die Behörden als die Bürgerinnen und Bürger. Diese können durchaus die Behörden schikaniaieren oder gegen das Gemeinwohl handeln. Es wäre schön, wenn auch sie eine Verpflichtung übernehmen, ihr Verhalten gegenüber Behörden oder Öffentlichkeit zu erklären.

Das wäre wohl nicht besonders populär.

Deshalb empfinde ich unser System als Schlafraffenland! Am Anfang stand die alte liberale Forderung, wonach der Staat für den Bürger da zu sein habe, nicht umgekehrt. Das wurde in den letzten Jahrzehnten so ernst genommen, dass man den Staat in ein Servicesystem umgebaut hat. Viele Bürgerinnen und Bürger geben diesem Staat ausser den Steuern allerdings wenig zurück. Und die Steuern empfinden sie meistens als zu hoch.

Nicht gerade ein freisinniger Standpunkt.

Im Gegenteil! Der Freisinn verkörperte einst ja geradezu die Idee der Eigen- und Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Allerdings haben wir uns heute angewöhnt, den Staat als Einrichtung zu sehen, deren Aufgabe es ist, uns das Leben so angenehm wie möglich zu machen. Wenn eine Strasse einmal für ein paar Stunden gesperrt ist oder die Müllabfuhr nicht pünktlich kommt, wird aufbegehrt.

Der Bürger ist Kunde.

Das wurde problematisch, als auch die grossen Unternehmen sich als «Kunden des Staates» zu verhalten begannen. In den 1990er-Jahren drohten einige: «Wir bleiben, wenn ihr uns das bietet, was wir brauchen und solange die Schweiz uns nützlich ist. Wenn das nicht mehr der Fall ist, ziehen wir weg.»

Eine Machtverschiebung im Zeichen der Globalisierung?

Jedenfalls Anzeichen eines Ungleichgewichts. Dieses hässliche Bild zeigt sich auch auf Gemeindeebene. Beispielsweise bei einer Villa mit umzäuntem Areal, Video-Überwachung und Betreten-Verboten-Schild: das ist kein Symbol des Bürger- und Gemeinnsinns, aber eine Folge davon, dass die Gemeinden versuchen, steuerlich attraktiv zu sein. Wer die hohen Bodenpreise zahlt und sich an die Bauvorschriften hält, kann hierher ziehen.

Die Behörden versuchen, bürgernah zu sein.

Die Umfrage zur Bürgerzufriedenheit, die Appenzell Ausserrhoden vor einiger Zeit durchführte, hat mich geärgert. Der Staat braucht nicht zufriedene Kunden, sondern engagierte Bürgerinnen und Bürger.

Sehen Sie darin ein Anzeichen der Entpolitisierung?

Aus meiner Sicht sollte der Staat mehr sein als nur ein Dienstleistungsbetrieb, der möglichst reibungslos funktioniert. Er muss die politische Auseinandersetzung ermöglichen. Dabei geht es um die Gemeinschaft, um das gemeinsame Aushandeln und Ausbalancieren. Aber wir sind eine Gesellschaft, die lieber nimmt als gibt. Und die Behörden tun alles, um keine Angriffsflächen zu bieten.

Nicole Widmer

1980, Gais

*Flight Attendant, Primarlehrerin, Vertriebsagentin für Reinigungsprodukte
Chorsängerin und Turnerin*

Als Flight Attendant haben Sie äusserst unregelmässige Arbeitszeiten. Trotzdem machen Sie auch noch Aushilfs- und Nebenjobs als Lehrerin und im Verkauf und sind in verschiedenen Vereinen aktiv. Der volle Terminkalender scheint Sie nicht zu stören?

Ich habe schon als Kind viel unternommen, die Singschule besucht, ein Instrument gespielt, war in der Pfadi und in der Rhythmischen Gymnastik, später dann Scharleiterin von Jungwacht und Blauring. Und im Damenturnverein Speicher war ich Leiterin und Präsidentin. Heute bin ich Hauptleiterin Geräteturnen und Leiterin der Schaukelringsektion des Turnvereins Wald. Und ich singe im Gemischten Chor Wald.

Und bei all diesen Aktivitäten hatten Sie nie das Gefühl, es sei zu viel?

Für mich stimmt es so. Ich bin da einfach hingewachsen. Wir wohnten in einem Bauernhaus, mit Hühnern, Enten, Katzen. Bereits meine Mutter arbeitete als Flight Attendant. Mit uns vier Kindern, dem Garten, ihrem Beruf und ihren vielen Interessen war sie sehr engagiert. Wir wurden früh zur Selbständigkeit erzogen. Dazu gehört auch die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Ist das auch eine politische Aussage?

Parteipolitik liegt mir nicht. Aber es ist mir wichtig, an den Abstimmungen und Wahlen teilzunehmen, um das politische Geschehen zu beeinflussen. Als Bürgerin glaube ich, dass das nicht nur mein Recht, sondern eine Pflicht ist. Politisch stehe ich links, das heisst: Mir ist das Miteinander wichtig. Ich suche nicht den Konflikt, sondern die Gemeinschaft, die Zusammenarbeit. Alleine kann man ja nichts erreichen. Allerdings bin ich auch ein Wettkampftyp, schon seit der Kindheit. Im Sport wollte ich mich immer mit anderen messen.

Als Flight Attendant arbeiten Sie im Team.

In der Crew sind oft Leute, mit denen ich ausserhalb der Arbeit nie in Kontakt käme, aber die Unterschiede werden unbedeutend, sobald wir ins Flugzeug steigen. Und auch die Passagiere spüren wohl immer noch das Besondere dieser Zweckgemeinschaft, die für ein paar Stunden auch eine Schicksalsgemeinschaft ist.

Manche sehen wohl auch etwas auf die Flight Attendants herab.

Ich bleibe immer freundlich. Aber unterwürfig bin ich nie – auch meine Kolleginnen und Kollegen bei der Swiss pflegen diese Kultur. Bei ungeduldigen oder aggressiven Passagieren ist es mein Ziel, dass sie mit der Zeit einsehen, wie unpassend ihr Verhalten ist und sie sich beim Aussteigen allenfalls bedanken. Im Flieger ist einfach kein Platz zum Ellenbögen.

In der Gesellschaft ist das aber gang und gäbe.

Die Gesellschaft ist sehr individualistisch und schnelllebig. Traditionen wie z.B. das Silvesterchlausen bilden hier einen wichtigen Gegenpol. Ich bin ein Landei und will eines bleiben. Aufgewachsen bin ich ohne Fernseher, und ich habe immer noch keinen. Er gibt einem zwar viele Informationen. Aber lieber nutze ich die Zeit für andere Dinge. Und zum Herunterfahren und Abschalten nach dem Fliegen kenne ich bessere Methoden: im Garten ein wenig jäten zum Beispiel.



Dölf Mettler

1934, Appenzell

Bauernmaler, Komponist und Chorleiter

Als Sie 1972 nach Appenzell kamen, waren die Appenzeller Musik und das Brauchtum noch längst nicht so populär wie heute.

Viele Innerrhoder wussten nicht einmal, was ein «Rugguusseli» ist. Die eigene Kultur wurde zu jener Zeit vernachlässigt. Es gab beispielsweise das Postplatzfest, aber das war ein Heimatabend, wie er auch in Tirol oder anderswo stattfand.

Dass sich das geändert hat, ist ein Stück weit auch Ihr Verdienst.

Das weiss ich nicht. Ich weiss nur, dass mich die Appenzeller Kultur augenblicklich in Bann gezogen hat. Ich fand hier eine Heimat. Ich stamme aus dem Toggenburg, bin dort bei Pflegeeltern aufgewachsen, die selber beide musikalisch aktiv waren, mir aber keine musikalische Ausbildung ermöglichten. Und nach dem Ende der Sekundarschule wurde ich sozusagen abgeschoben. Das war hart. Aber es hatte auch einen Vorteil: Ich war frei, konnte tun und lassen, was ich wollte. So meldete ich mich zunächst auf ein Stelleninserat und wurde Knecht bei einem Bauern in Waldstatt. Das war wichtig. Die Beziehung zur Landwirtschaft blieb, auch als ich später die Kunstgewerbeschule besuchte und eine Lehre als Stickereizeichner machte.

Was bedeutet für Sie die Landwirtschaft?

Man neigt heute dazu, sie zu unterschätzen, sieht sie manchmal bloss als Kostenfaktor. Dabei ist es langfristig entscheidend, wie und wo unsere Nahrungsmittel produziert werden. Viele meiner Freunde sind Bauern. Ich kenne deren Sorgen und weiss um ihre Verbundenheit mit der Natur und den Tieren. Und natürlich mit dem Brauchtum.

Welche Bedeutung haben Volksmusik und Brauchtum für eine Gesellschaft?

Sie schaffen eine Verbindung zwischen Vergangenheit und Zukunft. Sie sind eine Art von Sprache.

Dienen sie nicht auch der Abgrenzung?

Die Appenzeller Kultur ist eher ein Beispiel für das Gegenteil. Einflüsse von aussen waren seit jeher wichtig. Aber natürlich geht es auch um das Eigene, um die Überlieferung, die man pflegt.

Sie haben sehr viel Energie und Zeit für diese Kultur eingesetzt.

Ich habe während 20 Jahren fünf Chöre geleitet – ich war also jeden Abend fort. Und an Wochenenden fanden Konzerte statt. Ich weiss, dass die Familie zu kurz kam. Ich bin deshalb sehr dankbar, dass meine älteste Tochter mich stark unterstützte und mir den Rücken frei hielt. Aber irgendwie hatte ich gar keine Wahl: Die Musik und das Malen waren und sind meine Leidenschaften, nicht nur mein Beruf. Ihnen habe ich stets alles untergeordnet.

Auch ein gesellschaftliches Engagement?

Ja, wenn Sie die Kultur zum Gesellschaftlichen zählen. Politisch hätte ich mich nie engagieren können. Zwar verfolge ich das Geschehen. Aber ich wäre zu sehr zwischen den einzelnen Parteien hin- und hergerissen gewesen, um mich für die eine oder andere Richtung entscheiden zu können.

Sie haben sich für Appenzell entschieden?

Einzelne fanden zu Beginn, ich sei kein Einheimischer und solle mich nicht einmischen. Aber das legte sich schnell. Hier fand ich meine Heimat und eine Aufgabe. Ich glaube, dass die Heimat dort ist, wo man eine Aufgabe hat.



Annika Schläpfer

1987, Trogen

Sozialpädagogin
Präsidentin Verein IG Lauter

Sie haben vor kurzem Ihre Ausbildung als Sozialpädagogin abgeschlossen und Ihre erste Arbeitsstelle angetreten. Wurde Ihnen das soziale Engagement in die Wiege gelegt?

Ich suchte einen Beruf, in dem ich mit Menschen zu tun habe und nicht zu oft im Büro sitze. Viele Jahre war ich in der Pfadi aktiv. Auch da ist es ja wichtig, gemeinsam etwas in Bewegung zu setzen.

Die Viertel-Bar im ehemaligen Schlachthaus der Metzgerei Hirschen in Trogen ist ebenfalls ein Gemeinschaftsprojekt.

Anfänglich waren wir zu zehnt. Wir wollten etwas für die Jungen tun – für uns und die Gleichaltrigen, denn in Trogen war wenig los. Es gab zwar die RAB-Bar, aber da verkehrten unsere Lehrer. Für unsere Generation war nichts da. Uns schwebte etwas vor, das halb Laden, halb Bar war. Schliesslich resultierte daraus die Viertelbar: Ein Treffpunkt, ein Ort für Konzerte. Auch ein Ort für politische Diskussionen, für Jass- und Schachabende. Mit der RAB-Bar arbeiten wir zusammen. Sie ist freitags geöffnet, wir haben donnerstags und samstags Betrieb. Und alle zwei Jahre veranstalten wir gemeinsam das Barmuda-Fest.

Eine Bar – das stellt man sich einfach vor.

Eine Bar auf die Beine zu stellen ist ganz und gar nicht einfach. Es steckt mega-viel Arbeit dahinter. Da ist zunächst der Verein «IG Lauter». Dieser brauchte Statuten und einen Vorstand und muss jährlich die Hauptversammlung abhalten. Das will alles organisiert sein. Sodann die Bar selbst: Zunächst mussten wir das Lokal finden, es dann umbauen und einrichten. Da halfen junge Berufsleute mit. Schliesslich der Barbetrieb: Ohne Freiwillige geht nichts. Hinzu kommen Konzerte und andere Anlässe. Immer ist viel Organisatorisches zu erledigen.

Was motiviert Sie dazu?

Es macht Freude. Sonst würde ich es nicht machen.

Die Bar ist ein öffentlicher Ort.

Das ist den Gästen wohl manchmal gar nicht bewusst. Aber es ist wirklich ein Stück Öffentlichkeit, was hier abläuft: von endlosen Parties bis zu ernsthaften Diskussionen. Besonders in Erinnerung ist mir die Diskussion über die Minarett-Initiative. Da gab es niemanden, der nicht mitdiskutierte, denn alle waren interessiert, auch die Jüngeren, und alle hatten eine Meinung. Es wurde auch recht laut. Im Allgemeinen wird aber weniger diskutiert, je jünger das Publikum ist. Und das ist auch nicht schlimm. Die Bar ist einfach ein Ort, um unter Leuten zu sein.

Wie erleben Sie die politische Stimmung?

Ich glaube eine gewisse Unsicherheit zu spüren, auch bei mir selbst. Gerne orientiert man sich deshalb an jemandem, dem man vertraut. Die so genannte Peergroup ist wohl extrem wichtig, die Gleichaltrigen mit gleichen oder ähnlichen Interessen. Da bilden sich Meinungen und Haltungen.

Ältere vermuten oft, die junge Generation interessiert sich nur für Parties und Konsum.

Natürlich steht der Konsum oft im Vordergrund – das war vermutlich schon früher so. Aber wenn geeignete Plattformen zur Verfügung stehen, werden sie genutzt, dann engagieren sich junge Leute, interessieren sich für politische und gesellschaftliche Fragen. Daran wollen wir auch in der Viertel-Bar arbeiten.



Ralph Devos

1947, Heiden

*Bis 2011 Inhaber der Niederer Eisenwaren AG, Heiden
Kantonsrat 2002–2010, Kantonsratspräsident 2009/10
Vizepräsident der SVP Appenzell Ausserrhoden*

Wieso sind Sie Politiker geworden?

Ich habe viel über die beiden Weltkriege gelesen und mir dabei oft überlegt, wieso es zu diesen Katastrophen kommen konnte. Und eigentlich bin ich auch ein 68er. In jener Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs kam ich zur Einsicht, dass die schweizerische Demokratie eine gute Einrichtung ist; sie ist nämlich so gestaltet, dass zwischen den Kantonen und Sprachregionen, zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, zwischen gegensätzlichen Interessen und Meinungen immer wieder ein Ausgleich gefunden werden kann. Zu dieser Überzeugung kam ich zu einer Zeit, als es in Europa noch Diktaturen gab: in Portugal, Spanien und Griechenland. Ich wusste: das kann nicht der Weg sein. Die Parteipolitik spielte für mich aber immer eine eher untergeordnete Rolle, obwohl ich Vizepräsident der SVP Appenzell Ausserrhoden bin.

Politik ist aber immer auch Parteipolitik.

Die Parteien sind ja auch nötig. Wer würde sonst die Debatten organisieren und die politischen Meinungen bündeln? Aber in den politischen Ämtern, als Gemeinderat, Kantonsrat, in allen Kommissionen, habe ich immer auch die Erfahrung gemacht, dass Parteien keine Rolle spielen und man einfach versucht, gemeinsam gute Lösungen zu finden. Wenn die Parteien sich selbst allzu wichtig nehmen, kann der politische Prozess allerdings erheblich gestört werden. Dann geht es plötzlich nicht mehr um gute Lösungen für alle, sondern darum, wie eine einzelne Partei möglichst viele Wählerstimmen sammelt. Die Arena-Sendung im Schweizer Fernsehen liefert dafür gutes Anschauungsmaterial. Ich schaue sie nur ungern. Meistens wird in diesen Debatten von links und rechts nur ausgeteilt. Privat kommen die Politikerinnen und Politiker zwar meistens gut mit-

einander aus, über alle Parteigrenzen hinweg. Aber die Tendenz zur gesellschaftlichen Spaltung, zum Alles-oder-Nichts-Denken, wird geschürt. Wer das tut, hat aber die Demokratie nicht begriffen. In der Demokratie geht es nicht nur darum, dass die Mehrheit sagt, wo es langgeht. Wichtig ist, dass man einen möglichst breiten Konsens erzielt.

Die Spaltung der Gesellschaft ist aber doch heute Realität?

Das ist richtig. Die Demokratie wäre darauf angewiesen, dass alle ihren Egoismus und alle ihre eigenen Bedürfnisse ein wenig zurückstecken und für das Ganze, für die Gemeinschaft, denken.

Für Sie steht die Gemeinschaft im Zentrum Ihres politischen Denkens. Braucht es also gar keine Leaderfiguren?

Selbstverständlich braucht es die. Am Ende einer politischen Debatte, dann, wenn alle ihre Meinung zu einem Thema geäußert haben, braucht es jemanden, der sagt: Das machen wir jetzt. Ich bewundere beispielsweise Präsident Obamas Kampf für die Gesundheitsreform. Er wusste: der Ausgang ist ungewiss. Aber er wusste auch: eine Krankenversicherung auch für die Armen ist richtig und nötig. Wie kann man da nur dagegen sein?



Nelly Näf

1950, Urnäsch

Personalfachfrau, Coach, Projektleiterin

Sie waren während fast Ihrer ganzen Laufbahn im Personalwesen tätig, zuletzt beim Kanton Appenzell Ausserrhoden mit dem Aufbau des Personalwesens beschäftigt. Vor fünf Jahren übernahmen Sie aber eine Aufgabe in Kenia. Was war der Grund?

Fremde Kulturen und das Leben der Menschen anderswo haben mich immer interessiert. Während Reisen durch Afrika, Asien und Amerika setzte ich mich mit verschiedenen Menschen und deren Leben auseinander. Der Wunsch, im Ausland etwas Sinnvolles zu tun, wurde so immer stärker. Deshalb meldete ich mich schliesslich bei der Bethlehem Mission Immensee, einer Organisation der personellen Entwicklungszusammenarbeit. Von ihr erhielt ich 2007 das Angebot, in den Slums von Nairobi für eine katholische Pfarrei das Personalwesen aufzubauen. Es kam aber zu Unruhen, zu gewaltsamen Konflikten zwischen den Volksgruppen und zu Vertreibungen. Das veränderte meine Aufgabe. Es ging nur noch um Nothilfe, später dann darum, möglichst vielen Leuten wieder zur Selbständigkeit zu verhelfen.

Wie macht man das?

Zum Beispiel mit Mikro-Krediten, die gezielt an Frauen vergeben werden. Die Geldbeträge sind klein, bewegen sich in der Grössenordnung von nicht mehr als 100 Franken. Eine solche Summe kann jemandem die Eröffnung eines Coiffeursalons ermöglichen. Diese Kleinstkredite werden in von 15 bis 20 Frauen gegründeten lokalen Vereinen vergeben. Über die Kreditvergabe an Mitglieder wird in der Gruppe entschieden. Je nach individuell erworbenen Erträgen wird von den Mitgliedern Geld einbezahlt, das unter anderem auch als Sozialvorsorge verwendet werden kann.

Eine Form gegenseitiger Kontrolle.

Mir kam dabei mein Grossvater in den Sinn, der 1906 die Liegenschaft in Urnäsch erwarb, in der ich jetzt wohne. Er war ein arbeitsamer Mann und erhielt deshalb von Nachbarn kleine Kredite in Form von Zedeln, für die er pünktlich Zinsen zahlte. Mit der Zeit kam er so zu gewissem Wohlstand.

Die Kreditvergabe ist aber immer ein Risiko.

Das sahen wir auch in Kenia. Manche Kreditnehmerinnen verstarben, beispielsweise an Aids. Aber im Grossen und Ganzen ist das Modell erfolgreich, weil die Frauen einander kennen und wissen, wem sie Geld anvertrauen.

Warum reden Sie nur von Frauen?

In den Slums liegt die Verantwortung bei den Frauen. Afrikanische Frauen, sagt man, haben zehn Arme und Hände. Männer hingegen tauchen oft ab, verschwinden, wenn es ihnen zu viel wird, suchen sich eine neue Frau.

Stadt oder Land, spielt auch das eine Rolle?

In dörflichen Strukturen, auf dem Land, ist die Zuverlässigkeit generell höher: Man ist füreinander da, schaut aufeinander.

Sehen Sie die Schweiz heute anders?

Der Wert regionaler Autonomie und föderalistischer Strukturen wurde mir erst in Afrika richtig bewusst. Auch das Schweizer Schulsystem schätze ich jetzt mehr. Klassenunterschiede spielen darin eine untergeordnete Rolle.

Inzwischen sind Sie in die Schweiz zurückgekehrt, engagieren sich aber weiterhin für Kenia.

Die «Freunde Kenias und seiner Menschen» sind ein kleiner Verein, der Hilfe zur Selbsthilfe leistet, das Bildungs- und Gesundheitswesen fördert und mit einer kenianischen Partnerorganisation zusammenarbeitet – alles im überschaubaren Rahmen.

